



Foto: dpa

Deutschland kann mehr

Unter diesem Motto stand der 17. Parteitag der CDU in Leipzig am 1. und 2. Dezember.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Diskussion und die Beschlussfassung von drei richtungsentcheidenden Anträgen. Mit der überwältigenden Zustimmung zu dem Leitansatz „Deutschland fair ändern. Ein neuer Generatio-

nenvertrag für unser Land“, zu dem Steuerreformkonzept von Friedrich Merz und zu dem unter der Leitung von Generalsekretär Laurenz Meyer erarbeiteten „Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ habe die CDU bewiesen, jederzeit die Regierungsverantwortung übernehmen zu können, zeigte sich die Parteivorsitzende *Fortsetzung Seite 3*

INHALT

DOKUMENTATION

„Deutschland fair ändern“

Rede von
Bundespräsident a.D.
Roman Herzog

&

Beschluss des
17. Parteitages

INNENTEIL

Adresse <http://www.cdu.de/pt-leipz03/index.htm> Wechseln zu Links

Deutschland kann mehr. **CDU**

17. Parteitag der CDU Deutschlands · 30.11. - 02.12.2003 · Messe Leipzig

Home Kontakt Impressum www.CDU.de Mitgliedernetz Forum

Programm
Anträge + Beschlüsse
Reden + Berichte
Impressionen
Materialien

ORGANISATION und ANFAHRT

NEUES STEUERMODELL

"Deutschland kann erheblich mehr, als Rot-Grün möglich macht"

"Deutschland steht am Scheideweg", sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel zu Beginn ihrer Grundsatzzrede auf dem CDU-Parteitag in Leipzig. Während

Foto: A. Merkel

TICKER
PRESSESTIMMEN: „Schwache Regierung – starke Opposition“
Der politische Raum muss neu vermisst werden
Stoiber ruft CDU und CSU zu Geschlossenheit auf
Steuerkonzept verabschiedet
HERZOG: "CDU ist auf einem guten Weg"
MEYER: Deutschland kann mehr Die CDU wird es beweisen!
MERKEL: "Deutschland kann erheblich mehr, als Rot-Grün möglich macht"

PRESSESTIMMEN
CDU: "Image von Aufbruch und

Liebe Leser,

der 17. Parteitag ist vorüber. An zwei Tagen sind wichtige Weichen für die Zukunft gestellt worden. Die CDU Deutschlands hat mit ihren Beschlüssen bewiesen, dass sie inhaltlich und organisatorisch gut aufgestellt ist.

Wie gewohnt finden Sie die Beschlüsse und die wichtigsten Reden im vollen Wortlaut im UiD. In der Ihnen vorliegenden Ausgabe

des UiD finden Sie die Rede der Parteivorsitzenden Angela Merkel sowie in der Dokumentation die Rede von Altbundespräsident, Roman Herzog, und den Beschluss des Parteitages zur Reform der Sozialen Sicherungssysteme „Deutschland fair ändern“. In Ausgabe Nr. 39 dokumentieren wir den Beschluss „Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“. Außerdem finden Sie in der nächsten Ausgabe die Rede von Friedrich Merz zur Einführung in diesen Antrag. In Aus-

gabe Nr. 40 drucken wir die Einführung in den Beschluss „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ von Generalsekretär Laurenz Meyer, sowie den Beschluss ab.

Sie wollen nicht solange warten? Kein Problem. Besuchen Sie unsere Parteitagssonderseiten auf www.cdu.de. Dort finden Sie bereits jetzt alle Reden und Beschlüsse zum Download.

Ihre Redaktion

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333. Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1:

Angela Merkel zufrieden. Während sich die Sozialdemokraten als „reform- und regierungsunfähig“ erweisen, arbeitet die CDU daran, Deutschland wieder nach vorn zu bringen. „Wir verschlafen unsere Oppositionszeit nicht, sondern wir sind der Reformmotor im Land“, rief Angela Merkel in den Applaus der Delegierten. Die zentralen Probleme Deutschlands seien offensichtlich: „zu wenig Arbeit, instabile soziale Sicherungssysteme, hoch verschuldete öffentliche Haushalte, zu wenig Kinder“. Auch bei den Innovationen und bei Bildung und Forschung, falle das Land immer weiter zurück. Deshalb gebe es nur eine Alternative: „Entweder werden wir vom Wandel überrollt oder wir gestalten den Wandel“, erklärte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Die Union werde die Menschen auf diesem Weg mitnehmen. Denn „Deutschland kann mehr, erheblich mehr, als Rot-Grün möglich macht.“

Was haben der 15. Juli 1949 und der 1. Dezember 2003 gemeinsam? Eine Antwort darauf gab der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, in seiner Parteitagrede. Beide Daten stehen für

eine ordnungspolitische Richtungsentscheidung: 1949 wurden die Düsseldorfer Leitsätze verabschiedet, ein Markstein auf dem Weg zur Sozialen Marktwirtschaft. Mit dem Beschluss „Deutschland

fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“ hat die Union die Zukunft der Sozialsysteme in Deutschland auf eine verlässliche und sichere Basis gestellt. Laurenz Meyer dankte der Kommission „Soziale Sicherheit“, die unter der Leitung von Bundespräsident a.D. Prof. Roman Herzog die Grundlage für diesen programmatischen Wurf gelegt habe. Von vier Grundsätzen habe sich die Kommission leiten lassen, führte der Generalsekretär aus: Verlässlichkeit, Generationengerechtigkeit, Vorrang für Familien und Kinder, sowie mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Mit der konsequenten Orientierung an diesen Leitideen sei es der CDU gelungen, als erste deutsche Partei ein in sich geschlossenes Gesamtkonzept für die Zukunft der so-



Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt überreicht Angela Merkel ein Gastgeschenk

zialen Sicherungssysteme zu entwickeln. Dies sei seit vielen Jahren die größte programmatische Leistung einer Partei in Deutschland. Ergänzt werde dieses Papier durch das vom Parteitag beschlossene Steuerreformkonzept des stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, das eine radikale Vereinfachung des heutigen Steuersystems vorsieht.

Mit den Beschlüssen habe die CDU die Zielsetzung für das Jahr 2003 voll erfüllt. Nach der Bundestagswahl habe man sich vorgenommen, sich in den Feldern flexibler Arbeitsmarkt, Steuern und soziale Sicherungssysteme neu aufzustellen. Und genau wie vor 50 Jahren liefere die CDU nun die Blaupause für eine bessere Zukunft, sagte Generalsekretär Laurenz Meyer.

Wir verschlafen unsere Oppositionszeit **nicht**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Am letzten Freitag wurde im ZDF Konrad Adenauer zu Deutschlands Bestem gewählt, und zwar von weit über 700 000 Anrufern, ganz gleichmäßig aufgeteilt nach Altersgruppen, nach Männern und Frauen.



macht Fehler am Fließband, Rot-Grün korrigiert sich in immer kürzeren Abständen. Deutschland steckt in seiner schwersten wirtschaftlichen Krise seit 1949: Rekordarbeitslosigkeit, Rekordverschuldung, Meuterei in der SPD – die Lage ist weiß Gott leicht zu kritisieren.

Liebe Freunde, ich bin sicher, diese Wahl ist ein gutes Omen für unseren Parteitag hier in Leipzig. Denn was wollen die Menschen im Land? Sie wollen Mut, sie wollen Beständigkeit, sie wollen Verlässlichkeit, und genau das ist das, was Konrad Adenauer zu Beginn dieser Bundesrepublik Deutschland verkörpert hat und was wir als Christlich Demokratische Union für die Menschen in Deutschland verkörpern.

Liebe Freunde, vor uns liegen jetzt zwei Tage mit bedeutenden Weichenstellungen. Nach vielen Wochen intensiver Diskussion werden wir heute und morgen ein Reformpaket vollenden. Ich freue mich auf die Debatten dieses Arbeitsparteitages, denn sie sind wich-

tig – nicht nur für unsere Partei, sondern für die Menschen in unserem Land. Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands – das muss das Signal sein, das von Leipzig ausgeht –, wir, die CDU, haben die programmatische Kraft, den geistigen Führungsanspruch und den politischen Gestaltungswillen, Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Liebe Freunde, Deutschland kann mehr! Dabei könnten wir es uns – das steht ja außer Frage – eigentlich sehr leicht machen. Die beiden Tage dieses Parteitages ließen sich mühelos anders bestreiten. Wir könnten die Zeit ganz locker damit verbringen, die dramatische Lage in unserem Land zu beschreiben. Rot-Grün

Liebe Freunde, der Vorsitzende einer Volkspartei wirft seinen eigenen Delegierten auf dem Parteitag der SPD öffentlich „kollektive Unvernunft“ vor und droht der eigenen Truppe mit den Worten „Euch mache ich fertig“, „Euch mache ich fertig“, das ist offensichtlich das, was die zentrale Botschaft von Bochum war, und das alles unter dem Motto „Das Wichtige tun“. „Euch mache ich fertig“ unter dem Motto „Das Wichtige tun“, das ist es, was die Menschen ärgert. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber in diesen Sätzen steckt ja vielleicht auch die Vollendung dessen, was Schröder einst gesagt hat: „Erst das Land, dann die Partei“. Und nun: „Dann mache ich euch fertig.“ – Liebe Freunde, diesen Mann muss man davon abhalten, dass er

uns alle in diesem Lande noch kaputtmacht, und das ist unser Auftrag.

Das Ergebnis des SPD-Parteitag es ist dann ja auch so: Neben spärlichen positiven Ansätzen gibt es eine ganze Batterie an neuer Staatsintervention: Ausbildungsplatzabgabe, höhere Erbschaftsteuer, erweiterte Kapitalertragsteuer, Blockade betrieblicher Bündnisse für Arbeit, Einheitskasse in der Krankenversicherung. Immer das gleiche Muster: In der Not soll es überall der Staat richten. Wann endlich, liebe Freunde, lernt die SPD, dass der Weg zu mehr Staat immer der Weg zu weniger Wachstum, Aufschwung und Beschäftigung ist? Das ist die Frage, die wir den Sozialdemokraten zu stellen haben.

Bilanz 2003

Liebe Freunde, wer so stur ist, der ist eben auch reformunfähig, und wer reformunfähig ist, der ist im Grunde auch regierungsunfähig. Das ist die Wahrheit, mit der wir in Deutschland im Augenblick zu kämpfen haben. Unsere Bilanz, die der Christlich Demokratischen Union, im Jahre 2003 ist eine andere. Sie ist ein großer Vertrauensbeweis

der Menschen in unserem Lande für uns: In Hessen haben die Wählerinnen und Wähler die Regierungsbeteiligung von Roland Koch und der dortigen CDU in ein-drucksvoller Weise bestätigt. Die hessische CDU hat das erste Mal in der Geschichte bei Landtagswahlen die absolute Mehrheit der Sitze errungen. Lieber Roland Koch, zu diesem tollen Sieg herzlichen Glückwunsch! Es ist auch Ihr persönlicher Erfolg. Alles Gute mit dieser Verantwortung! In Niedersachsen triumphtierte am selben Tag die CDU mit Christian Wulff. Herzlichen Glückwunsch! Mit Christian Wulff hat – das spüren wir – die starke Riege unserer Ministerpräsidenten im Bundesrat an Schlagkraft beachtlich weiter zugelegt. In Schleswig-Holstein hat sich auch ein historischer Wandel vollzogen: Nach der Kommunalwahl stellen wir mit Angelika Volquartz zum ersten Mal nach 50 Jahren SPD-Herrschaft die Oberbürgermeisterin in Kiel. Herzlichen Glückwunsch! Lieber Peter-Harry Carstensen, das ist ein gutes Omen. Ich bin mir für eure Landtagswahl 2005 ganz sicher: Wir werden es gemeinsam anpacken, dass der wunderschöne Norden endlich in

wunderschöne Hände kommt, nämlich in die Hände der Christlich Demokratischen Union. In Bremen konnte mit der Bürger-schaftswahl im Mai die seit 1995 erfolgreich regierende Große Koalition fortgesetzt werden. Respekt, lieber Bernd Neumann, Respekt, lieber Hartmut Perschau, das ist euer Verdienst. Vor vielen Jahren hätte keiner gedacht, dass aus Bremen mit Hilfe der CDU das werden kann, was aus dieser Hansestadt geworden ist. Herzlichen Dank! Im September schließlich haben unsere bayerischen Freunde etwas Einmaliges geschafft, die Zweidrittelmehrheit. Das macht euch in Bayern so schnell keiner nach, möchte ich nach München rufen. Edmund Stoiber, es ist ein tolles Wahlergebnis, es ist auch ein sehr persönliches Wahlergebnis, und der CDU-Parteitag gratuliert Ihnen aus ganzem Herzen noch einmal zu dieser Rekordleistung in Bayern. Herzlichen Glückwunsch! Und dann last, but not least: Kommunalwahlen in Brandenburg. Wer hätte sich das vorstellen können: Im Land des roten Adlers wurde die Christlich Demokratische Union stärkste Partei! Mit Frau Tiemann stellt in der ursozialdemokratischen Stadt Branden-

burg die CDU jetzt auch die Oberbürgermeisterin. Herzlichen Glückwunsch, lieber Jörg Schönbohm! Alles Gute für die nächsten Monate!

Es sind dies Ihre Erfolge in den Ländern und in den Kommunen. Diese Erfolge sind, wie ich glaube, aber auch Ausdruck einer guten Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden. Lassen Sie mich neben dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses hier ganz persönlich Willi Hausmann Dank sagen, der gestern seinen letzten Arbeitstag als Bundesgeschäftsführer hatte. Lieber Willi Hausmann, stellvertretend für alle sage ich Ihnen im Blick auf die Zeit, die Sie hier in der Christlich Demokratischen Union gearbeitet haben, ein herzliches Dankeschön. Zugleich gebe ich meiner Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen Ausdruck. Sie sind ein wirklicher Freund dieser Partei geworden. Herzlichen Dank von diesem Parteitag aus! Ich begrüße auf das Herzlichste auch den neu bestellten und ab 1. Januar im Amt befindlichen Geschäftsführer, Herrn von Thadden, der neben Willi Hausmann Platz genommen hat. Herzlich willkommen und auf gute



Große Zustimmung bei den Delegierten

Zusammenarbeit!

Liebe Freunde, all diese Ergebnisse spiegeln etwas wider, was wir das Meinungsklima im Lande nennen. Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung hat ein unglaubliches Ausmaß angenommen. Was aber viel wichtiger ist: In allen wesentlichen Kompetenzfeldern liegt die Union vorn. Wir könnten uns deshalb mit verschränkten Armen zurücklehnen. Wir könnten dem chaotischen Treiben dieser Regierung zusehen. Ich sage Ihnen aber: Das ist mit mir nicht zu machen. Das ist mit uns als gesamter Union nicht zu machen. Nur auf die Fehler der anderen hinzuweisen hilft unserem Land keinen Deut weiter. Das würde unserer Verantwortung nicht gerecht. Deshalb heißt es: Wir können mehr. Deutschland kann mehr. Wir müssen zeigen, was in diesem Satz steckt. Wir müssen die Kräfte des

Aufbruchs freisetzen. Geben wir diesem unserem Land, was es verdient. Das ist eine Politik, die weiß, worauf sie aufbaut. Das ist eine Politik, die nach vorne schaut. Das ist eine Politik, die nicht von der Hand in den Mund lebt. Das ist vor allen Dingen eine Politik, die es nicht nötig hat, jemanden fertig zu machen, sondern die die Menschen im Lande mitnimmt. Das ist unsere Politik. So und nicht anders treten wir heute auch an. So und nicht anders wollen wir die Menschen überzeugen. So und nicht anders beraten wir auf diesem Parteitag das größte und umfassendste Reformpaket, das es in der CDU seit langem gegeben hat.

Ich weiß, dass ich der CDU damit einiges zugemutet habe. Ich weiß, dass dieses Werk uns allen vieles abfordert, innerhalb der CDU und auch im Verhältnis von CDU und CSU. Deshalb ist es für mich genau an dieser

Stelle auch weit mehr als eine Pflichtübung, wenn ich Edmund Stoiber für die gemeinsame Zusammenarbeit ganz persönlich und im Verhältnis unserer Parteien danke. Wir haben spannende Zeiten hinter uns und – dessen bin ich ganz sicher – wir haben auch spannende Zeiten vor uns. Liebe Freunde, wenn man so liest, was in diesen Tagen über CDU und CSU schon wieder gerätselt, gemutmaßt, gedacht und vermutet wird, dann sage ich Ihnen: Unsere Gegner und die Außenstehenden werden das Geheimnis des Erfolges von CDU und CSU sowieso nie ganz verstehen. Ich sage aber auch: Das macht nichts, das brauchen sie auch gar nicht. Lieber Generalsekretär Markus Söder, wie sagt man bei euch im Süden? „Mir san mir.“ Und wie sagt man bei mir im Norden? „Wat mut, dat mut.“ Beides gehört eben zusammen. Die CDU braucht eine starke CSU, die CSU braucht eine starke CDU und nur gemeinsam sind wir eine starke Union, nur gemeinsam können wir mehr für Deutschland tun. So und nur so werden wir Erfolg für die Union haben. Das wissen wir alle. Deshalb herzliche Grüße nach Bayern. Ich möchte hier auch einem anderen Freund danken, der erst et-

was später kommt, meinem Stellvertreter Michael Glos. Wir haben in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU täglich die Arbeit zu leisten, um die Gemeinsamkeit auch in Politik umzusetzen, um diese Gemeinsamkeit in Wettbewerb mit unseren politischen Gegnern umzusetzen. Ich arbeite mit ihm vertrauensvoll zusammen. Es ist menschlich spannend und es ist menschlich verlässlich. Liebe Freunde, das ist nicht selbstverständlich. Deshalb herzlichen Dank und in diesen Dank eingebettet herzliche Grüße von allen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an diesen Parteitag, soweit sie heute nicht hier sind!

Reformmotor

Liebe Freunde, wir, die Union, sind es, die als Reformmotor dieses Land nach vorne bringen wollen. Ich sage aber auch ebenso deutlich: Das muss so sein! Niemand von uns hier in diesem Saal kann sich drücken. Eines muss klar sein: Ich will nicht, dass wir denselben Fehler wie Herr Schröder machen. Wir verschlafen unsere Oppositionszeit nicht. Wir gehen nicht sehenden Auges in eine Lage hinein,

wo wir uns mit der Kritik an den anderen zufrieden geben, um dann anschließend eine Landtagswahl nach der anderen zu verlieren. Nein, wir machen das anders. Wir arbeiten in die Zukunft hinein. Das ist unser Thema, das ist unser Ansatz und diesen werden wir hier zur Vollen- dung bringen. Wir wissen doch, früher oder später, aber mit Sicherheit allerspätestens 2006 ist Schluss mit Rot-Grün. Dann muss wieder ordentliche Politik gemacht werden. Die Menschen haben ein Anrecht darauf, dass wir darauf vorbereitet sind. Dafür werden hier in Leipzig die Weichen gestellt. Ich bin stolz – eigentlich ist das das falsche Wort –, ich bin dankbar, dass Sie sich alle mit auf diesen Weg gemacht haben. Wir haben in den letzten Monaten ja erlebt, dass jede Gruppe energisch um die eigenen Interessen kämpft: die Mittelstandsvereinigung wie die CDA und der Wirtschaftsrat, die Senioren Union wie die Junge Union und die Frauen-Union, der RCDS wie die KPV, die Schüler Union, der Evangelische Arbeitskreis und die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung. Das brauchen wir auch. Das ist gut und richtig so, denn in den Arbeitskreisen und in den Vereinigungen zeigen sich ja die

unterschiedlichen Interessen. Genau das machte eine lebendige Volkspartei aus. Auf der einen Seite artikulieren also die Gruppen, die Vereinigungen und die Arbeitskreise ihre Interessen. Auf der anderen Seite ist es uns aber gelungen, immer den Blick für das Ganze im Auge zu behalten. Das ist es, was eine Volkspartei gleichermaßen leisten muss. Das ist uns gelungen. Alles andere wäre aber auch völlig verantwortungslos gewesen.

Unser Land steckt in einer schweren Krise. Die Probleme des Landes sind ja für jeden offensichtlich: zu wenig Arbeit, instabile soziale Sicherungssysteme, hoch verschuldete öffentliche Haushalte, zu wenig Kinder, in einigen Jahrzehnten 30 Millionen weniger Deutsche, Abwanderung gerade in den neuen Bundesländern, nicht gesteuerte Zuwanderung in anderen Bereichen.

Die Versäumnisse sind hinlänglich bekannt. Aber wir dürfen nicht die Augen vor ihnen verschließen. Wir sind in der Bildung zurückgefallen. Bei der Forschung wird gekürzt. Die Bürokratie in diesem Land wird eben nicht abgebaut, der Arbeitsmarkt ist eben nicht flexibilisiert. Das Steuersystem ist bis heute nicht vereinfacht

und die Wachstumsbarrieren für die Wirtschaft sind nach wie vor existent. Die Uhr zurückdrehen – das geht nicht. Der Einfluss der Weltwirtschaft und der globale Wettbewerb, die technologische Revolution hin zur Informations- und Wissensgesellschaft, die demographische Entwicklung – diese Fakten stehen alle für die nächsten 40 Jahre fest – sind geschichtliche Abläufe, die wir nicht wieder rückgängig machen können. Sie sind unumkehrbar. Deshalb müssen wir uns auf sie einstellen.

Den Wandel gestalten

Die Wahrheit ist an dieser Stelle in der Tat schonungslos und kann deshalb nicht oft genug wiederholt werden: Deutschland steht in diesen Monaten am Scheideweg. Entweder werden wir Deutschen vom Wandel überrollt oder aber wir schaffen es, den Wandel zu gestalten. Das genau ist die Alternative. Ich will, liebe Freunde, dass die Union den Wandel gestaltet. Ich will ein Weiteres: Ich will, dass die Union die Menschen auf diesen Weg mitnimmt. Denn Deutschland kann mehr. Deutschland kann erheblich mehr, als Rot-Grün

im Augenblick leistet. Ich werde immer wieder gefragt, ob es denn in die richtige Richtung geht. Ja, meine Güte, eine Schnecke kann auch in die richtige Richtung kriechen. Aber was wir in Deutschland brauchen, ist nicht eine Schneckenspur, sondern ist ein Sprung nach vorne. Dafür stehen wir, nicht Rot-Grün. Die Probleme sind klar und wohl auch von jedem in diesem Raum akzeptiert. Aber wir müssen noch über etwas anderes debattieren: Es fehlt in unserem Land an einer der wesentlichen Voraussetzungen für die Gesundung unseres Landes: Es fehlt an Vertrauen – Vertrauen in die politische Führung, Vertrauen in die ökonomische und soziale Kraft, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Chancen und Möglichkeiten. Das hat nicht nur, aber auch mit den gebrochenen Versprechen dieses Bundeskanzlers zu tun. Mittlerweile fürchten sich ja sogar die eigenen Leute vor jeder Äußerung von Schröder. Es ist daher kein Wunder, dass die saarländische SPD ihren eigenen Bundeskanzler vorsichtshalber schon einmal für den Wahlkampf im nächsten Jahr eingeladen hat. Aber auch das wird der SPD im Saarland überhaupt

nichts helfen. Denn Peter Müller hat eine viel zu gute Politik gemacht: innovativstes Bundesland, Auszeichnung als „Ministerpräsident des Jahres“. Das ist nicht das Ergebnis flotter Sprüche, sondern das Ergebnis harter Arbeit – ein Ergebnis, lieber Peter Müller, das die Menschen am 5. September 2004 honorieren werden. Peter Müller wird Ministerpräsident des Saarlandes bleiben und das ist auch richtig so. Wir werden gemeinsam dafür kämpfen. Dass, wie ich gesagt habe, Vertrauen fehlt, hat auch mit dem Bundeskanzler zu tun, aber nicht nur. Denn inzwischen ist daraus noch mehr erwachsen. In Deutschland greift in dieser Situation ein Stück Fatalismus um sich, und zwar mit all seinen Folgen. Die Menschen begreifen das, was passiert, nicht mehr im Gesamtzusammenhang, sondern beziehen es nur auf sich. Einschnitte und Kürzungen werden als Angriffe auf den eigenen Lebensstandard wahrgenommen. Sie fragen sich: Wo ist mein persönlicher Nutzen? Was bringt mir eine Reform? Wo ist die große Linie? Daraus folgt: Reform kann man nicht gegen oder ohne die Menschen – oder über die Köpfe hinweg – gestalten, sondern nur mit ihnen. Wer

wie der Bundeskanzler aber immer als Getriebener der Ereignisse wirkt, wer als Begründung für Veränderungen nur die Defizite in den Kassen und den Zwang zu Leistungsabbau und Kostensenkung anführt, der darf sich nicht wundern, wenn ihm auf diesem Weg kaum jemand folgen mag.

Was ich möchte und was wir vermitteln müssen, ist: Die Bürger müssen die Perspektive haben, dass sich das, was ihnen vom Staat zugemutet wird, für sie auch auszahlt. Das muss nicht unbedingt heute sein, vielleicht noch nicht einmal morgen, wohl aber am Ende des Weges. Das ist die Aufgabe unserer politischen Wirtschaft: Am Ende des Weges müssen die Menschen wissen, dass konkrete Anstrengungen konkrete Gegenleistungen bringen. Natürlich haben die Menschen ein Recht auf Sicherheit im Alter. Natürlich wollen wir auch in Zukunft angemessene medizinische Betreuung. Und natürlich sollen die Menschen eine Perspektive auf einen Arbeitsplatz haben, damit sie ihren Beitrag für das Land leisten können. Liebe Freunde, Wohlstand und Sicherheit für Veränderungsbereitschaft und Leistung – das ist der Reformvertrag, den wir, die Christ-

lich Demokratische Union, den Menschen in diesem Land anbieten. Das ist unser Credo. Aber machen wir uns nichts vor: Auch mit diesem Angebot hat man Zweifel an uns. Die Frage, ob wir es tatsächlich besser können als Rot-Grün, erlebe ich – wie wahrscheinlich viele von Ihnen auch – ziemlich häufig. Ich erlebe diese Frage zum Beispiel dann, wenn ich von den „zweiten Gründerjahren“ spreche. Ich kann die Skepsis manchmal förmlich mit den Händen greifen, wenn die Menschen fragen: Was meint sie damit? Zunächst einmal: Wir leben heute in einer anderen Zeit als die Menschen in der ersten Gründerzeit unseres Landes. Zentrale Rahmenbedingungen unseres Lebens sind heute, nach 1990 – durch die deutsche Einheit, durch die Globalisierung, durch die Wissensgesellschaft –, völlig andere als 1949. Aber eines ist, da sind wir uns wohl einig, geblieben und gilt damals wie heute: Das ist der Geist, der Gründerjahre auszeichnet – Mut, Aufbruch, Entschlossenheit. Für mich hat das in jüngster Zeit niemand so gut in Worte gefasst wie der Richter am Bundesverfassungsgericht di Fabio. Er hat einen Aufsatz über die „Grundlagen der Gemein-

schaft“ geschrieben, in dem er ausführte: „Eine Gesellschaft funktioniert, wenn die Menschen in ihr das Gelingen wollen, einig sind über fundamentale Werte, etwas für sich selbst leisten, das Fortleben in künftigen Generationen in das Zentrum ihrer Lebensgestaltung rücken, nicht vergessen und bereit sind, aus dem wirtschaftlichen Erfolg heraus einen Beitrag für die Gemeinschaft zu erbringen.“

Das ist es, worum es geht: einig sein über fundamentale Werte, etwas leisten wollen, künftige Generationen im Blick haben, aus wirtschaftlichem Erfolg einen Beitrag für die Gemeinschaft erbringen. Das genau ist das, was unser Land zusammenhält; das ist es, was wir „Gemeinsinn“ nennen. Nun werden manche von Ihnen denken: Schöne Worte; theoretisch mag das alles ja stimmen. Das ist ja auch eine gute Zielbestimmung. Aber das praktische Leben hat doch damit herzlich wenig zu tun. Was heißt hier eigentlich, das Fortleben in künftigen Generationen in das Zentrum der Lebensgestaltung der Menschen rücken, wenn gleichzeitig in vielen Fällen die Erfahrung gemacht wird: „Wenn ich mich für eine Familie mit Kindern entscheide, geht es



Vorsitzende und Generalsekretär sind zufrieden

mir materiell und sozial schlechter?“

Was heißt denn, das Fortleben in künftigen Generationen in das Zentrum der Lebensgestaltung zu stellen, wenn die Älteren unsicher darüber sind, was für sie dabei herauskommt und wenn die Jüngeren Sorge darüber haben, dass ihre soziale Sicherheit in Gefahr ist? Was heißt es denn, an diesen Gemeinssinn zu glauben, wenn ich täglich spüre, wenn ich zum Arzt gehe: „Der Weg ist eigentlich ein Weg in die Zwei-Klassen-Medizin“?

Und was heißt es hier eigentlich, aus wirtschaftlichem Erfolg heraus einen Beitrag für die Gemeinschaft leisten? Das kann ja ein Satz aus den 80er-Jahren, vielleicht sogar aus den 70er-Jahren sein. Wissen Sie, wir Ostdeutsche denken manchmal: „Seitdem wir dabei sind, funktioniert der Westen auch nicht mehr so, wie es einmal der Fall war.“ – Sie, liebe Freunde aus dem Westen, denken: „Seitdem die

Ostdeutschen dabei sind, ist es mit den goldenen alten Zeiten vorbei.“

– Was heißt hier eigentlich „wirtschaftlicher Fortschritt“? Erle-

ben wir ihn noch? Spätestens seit der deutschen Einheit sind hier neue Fragen aufgetaucht. Ferner könnte ich fragen: „Ist denn nun wirklich derjenige, der sich anstrengt, der, der auch Leistung in der Gesellschaft bekommt? Ist nicht eigentlich der Ehrliche der Dumme? Was ist denn mit der Schattenwirtschaft? Was ist denn mit den Steuerflüchtlingen? Was ist denn mit dem Sozialmissbrauch in unserer Gesellschaft?“ – Worte und Taten klaffen für viele Menschen in diesem Lande auseinander. Das müssen wir ernst nehmen, liebe Freunde. Ansonsten finden wir nicht die richtigen Antworten. Deshalb stellt sich die Frage: „Was kennzeichnet unsere Gemeinschaft?“ – Edmund Stoiber hat vor kurzem in einem Interview einen Satz gesagt, den ich sehr nachdenkenswert finde. Er sagte nämlich: „Die Deutschen leiten ihr Zusammengehörigkeitsgefühl nicht wie andere Länder vor allem aus einem Natio-

nalgefühl heraus ab, sondern aus dem Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat.“ Aber ich frage: „Was passiert denn, wenn genau dieses Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat schwindet? Wenn das Dickicht von Gesetzen und Verordnungen für die Leute überhaupt nicht mehr überschaubar ist? Was bleibt uns, den Deutschen im Jahr 2003, denn dann in einer wirtschaftlichen Krise, in einer Phase, wo wir uns zum allerersten Mal in dieser Bundesrepublik fragen: Geht es weiter aufwärts oder geht es vielleicht mit dem Lebensstandard auch abwärts?“ Deshalb müssen wir uns genau diese Frage politisch stellen und fragen: „Was bedeutet sie für uns, die wir dieses Land gestalten wollen?“

Da glaube ich, wir müssen erstens unser Selbstverständnis richtig beschreiben. Es ist ja unbestritten: Es war das Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat, das dieses Land nach 1945 stark gemacht hat. Es war „made in Germany“; es war die Deutsche Mark; es war die soziale Marktwirtschaft; es war das Wirtschaftswunder, auf das wir stolz waren und im Übrigen immer noch sind. Es waren vor allem diese Dinge, mit denen sich die Menschen in unserem Lande identifizieren konn-

ten. Deshalb ist es – Wilfried Martens hat es eben gesagt – für uns viel mehr als ein Tagesereignis, wenn wir zusehen müssen, wie Eichel und Schröder den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Füßen treten. Eichel und Schröder machen an dieser Stelle nicht mehr und nicht weniger, als dass sie sich am Erbe der Deutschen Mark versündigen, an einem Zeichen dessen, was uns stark gemacht hat und was unsere Identität geprägt hat.

Aber unser Selbstverständnis umfasst inzwischen, seit 1945, viel mehr: Der 8. Mai 1945, der 17. Juni 1953, das Frühjahr bzw. der August 1968, der 9. November 1989 – markante Daten unserer Geschichte: Niederlage und Befreiung, Volksaufstand, Studentenproteste, aber auch der Einmarsch sowjetischer Panzer in Prag, Mauerfall, Freiheit, Einheit, Geschehnisse, über die immer wieder gestritten wurde; Geschehnisse, bei denen Parteien und Gruppen in unserem Land aufeinander geprallt sind, aber auch Geschehnisse, bei denen zwischen Beteiligten und Unbeteiligten eine ganz andere Fähigkeit unseres Landes sichtbar wird. Ein Redakteur der „Welt“ hat das kürzlich „sich selbst zu versöhnen“ genannt. Ich denke,

das ist ein interessantes und ein gutes Wort. Es ist diese Kraft zur Selbstversöhnung, die unser Land stark gemacht hat. Dieser Kraft wohnt immer wieder eine befreiende Wirkung inne. Und unser Land stellt diese Kraft immer und immer wieder unter Beweis. Diese Kraft ist zusätzlich zu dem, was uns seit 1945 stark gemacht hat, inzwischen ebenfalls Teil unseres Selbstverständnisses.

Patriotismus

Liebe Freunde, man kann sich ja nur immer wundern, wer sich alles in den letzten Tagen zum Patriotismus äußert. Da hat doch der Kanzler in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages in der letzten Woche gesagt – eine hochinteressante Definition –: „Ein Patriot ist, wer meinen Reformen zustimmt.“ – Das muss man sich einmal genau auf der Zunge zergehen lassen. Es fällt einem doch sofort der Satz ein: „Ein Patriot ist der, der tut, was ich will.“ – Ich sage dazu: Welch eine Anmaßung für einen Demokraten! Dann ist es ja nicht mehr weit zum Sonnenkönig, der sagt: „Der Staat bin ich.“ – Dieser vermeintliche Patriotismus ist eigentlich

nichts weiter als eine Erpressung derer, die eine andere Meinung haben. Liebe Freunde, mit uns so nicht, auch nicht in den nächsten Tagen, wenn es um die Lösung von Problemen in Deutschland geht. Davon unterscheidet sich unser Selbstverständnis. Unser Selbstverständnis ist ein anderes. Die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst – auch über parteipolitische Grenzen hinweg, zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen – ist, das wissen wir, im Übrigen ja auch niemals abgeschlossen. Genau darauf gründen sich ja die Schlachten der Gegenwart und der Zukunft. Von diesen Schlachten werden wir noch viele zu schlagen haben. Das ist es ja gerade, was Politik so spannend, so faszinierend macht. Nehmen wir nur das Zentrum gegen Vertreibungen. Zwölf Millionen Menschen in Deutschland sind nach dem Zweiten Weltkrieg Opfer von Vertreibungen geworden. Das wird glücklicherweise nun auch von allen anerkannt. Es ist deshalb auch gut und richtig, dass wir sagen, dass es ein Zentrum gegen Vertreibungen geben soll. Wir müssen glücklicherweise nicht mehr darüber streiten, dass es das geben soll, aber wir müssen schon noch darüber streiten,

wo es dieses Zentrum geben soll. Zu der guten, überparteilichen Idee sage ich: Weil Vertreibung nicht etwas ist, von dem nur wir Deutsche betroffen sind, kann es viele solcher Zentren in Europa geben. Aber ich sage auch: Wir müssen und werden unseren Nachbarn gegenüber in freundschaftlichem Gespräch deutlich machen: Eines dieser Zentren, das, das auch der deutschen Vertreibung gedenkt, muss in Deutschland, in Berlin, in der Hauptstadt, sein. Dort gehört es hin; dort muss es seinen Platz haben.

Natürlich muss sich Politik zweitens – abgesehen von der Frage des Selbstverständnisses – auch immer wieder der Werte vergewissern, die sich für uns in der Vergangenheit als tragfähig erwiesen haben. Das ist in Zeiten der allgemeinen Verunsicherung im Übrigen wichtiger denn je. Wir werden erleben, dass die Frage nach Sachaspekten zum Teil hinter die Frage nach dem, was uns leitet, also nach den Werten, zurücktritt. Es ist wichtig, dass diese Werte nach außen erkennbar sind. Wir dürfen sie nicht unter dem Tisch verborgen halten, sondern sie müssen erkennbar sein, damit die Wählerinnen und Wähler der Christlich Demokratischen

Union nicht die Orientierung verlieren. Wenn wir das nicht täten, dann würden wir als Europapartei – unsere Freunde Wilfried Martens und Pier Ferdinando Casini haben es heute so zum Ausdruck gebracht – mit einem riesigen Ansehen, also als Partei mit vielen Freunden in Europa, Vertrauen verlieren. Dieses Vertrauen, das von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl aufgebaut worden ist, bedeutet, dass man uns jederzeit sagen würde: Jawohl, wenn ihr die Regierungsverantwortung in diesem Lande zurückgewinnt, dann glauben wir in Europa euch, dass Deutschland berechenbar und verlässlich ist.

So wie es wichtig ist, Klarheit über die Werte in Bezug auf diejenigen zu haben, die uns vertrauen, so ist es natürlich genauso wichtig, Vertrauen in Bezug auf uns zu haben, damit wir nicht Selbstzweifel bekommen. All das hat auch damit zu tun, wie ich, wie die Kolleginnen und Kollegen der Partei- und Fraktionsführung und die Mehrheit der frei gewählten Abgeordneten der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CDU auf die Rede des Abgeordneten Martin Hohmann reagiert haben und wie sie diesbezüglich letztlich entschei-



Mit viel Applaus bedacht: Roman Herzog

den mussten. Zu den wichtigsten geistigen und politischen Wurzeln der Christlich Demokratischen Union zählt gerade der christlich motivierte Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime. Eugen Gerstenmeier, Mitglied der Widerstandsgruppe des „Kreisauer Kreises“, später Vorstandsmitglied der CDU und über viele Jahre Bundestagspräsident, fand aufgrund seiner persönlichen Erfahrung zu der Formel – ich zitiere ihn –: „die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen.“ Eine solche Partei hat es nicht verdient, sich eine – unter welcher Überschrift auch immer – geführte Diskussion um angebliche Benachteiligungen Deutschlands vor dem Hintergrund unserer Geschichte aufdrängen zu lassen. Das brauchen wir nicht.

Für eine Partei wie die Christliche Demokratische Union gehört zur ständigen

Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst auch die fortwährende Anerkennung dessen, was unaussöhnlich ist; die Anerkennung der Singularität des Holocausts.

Weil wir den Holocaust als Singularität anerkannt haben, können wir heute sagen: Wir sind frei, wir sind vereint, wir sind souverän. Diese Anerkennung hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind. Deshalb möchte ich, dass es für die Zukunft so bleibt.

Art. 1 des Grundgesetzes – das war eine Konsequenz aus den Erfahrungen, die in der Gründung der Bundesrepublik Deutschland mündeten – lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Für uns gelten unwiderruflich die Werte weiter, die Andreas Hermes und Jakob Kaiser 1945 in das Land hinaus sandten. Diese Werte bestimmen und prägen unauf löslich unsere programmatischen Grundsätze in der Union seit mehr als 50 Jahren. Sie gelten für jeden Einzelnen von uns, für jedes Ortsverbandsmitglied, für jeden Stadtverordneten, für jeden Abgeordneten. Wer durch sein Verhalten in

Wort und Tat daran Zweifel begründet, der muss gehört werden und er muss diese Zweifel ausräumen. Wenn das in angemessener Zeit nicht geschieht, dann müssen wir die Konsequenzen ziehen, so schmerzlich sie menschlich auch sind. Ich sage ganz bewusst: Das gilt ungeachtet öffentlicher Aufgeregtheiten oder der moralischen Entrüstung der Linken, deren Anstandsritual hauptsächlich dann in Gang kommt, wenn der Auslöser rechts von ihnen steht. Das ist schon 50 Jahre so und kann uns bei dem, was wir tun, nicht leiten. Wir sind uns das selbst schuldig. Wir sagen: Unsere CDU ist christlich-sozial, liberal und konservativ. Wir alle sind und waren immer Mitglieder der deutschen Verfassungspartei; wir sind und bleiben die Europapartei – mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten, beides gehört zusammen. Wir stehen zu unseren Pflichten aus innerer Überzeugung heraus, sensibel, selbstbewusst, aber auch konsequent. Wir billigen niemandem zu, daran zu zweifeln. „Wir sind weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind.“ Diesen Satz hat Helmut Kohl häufig gesagt. Er hat Recht gehabt – es bleibt unser Satz -: „Wir sind

weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind.“

Ich füge deshalb hinzu: Wir verbitten es uns, dass die anderen glauben, sie könnten uns mit Pauschalvorwürfen überziehen. Sie sollen Ross und Reiter nennen; alles andere ist parteitaktisch motiviert. Das werden wir nicht zulassen. Auch das die Botschaft von Leipzig.

Wir erleben es doch in vielen sachpolitischen Diskussionen: Kaum einer kann sich doch verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion sofort in eine rechte Ecke zu stellen. Ich habe über die Fragen „Wie empfinden Menschen ihr persönliches Leben?“ und „Glauben sie, dass es gerecht zugeht?“ gesprochen. Man muss natürlich darüber sprechen, dass es den Missbrauch des Asylrechts gibt. Man muss natürlich sagen: Die Folge können nur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung sein. Alles andere wird in der Bevölkerung keine Akzeptanz finden. Deshalb kämpfen wir, unter anderem Peter Müller, Wolfgang Bosbach, für unseren Weg, ganz hart und ganz entschieden. Ich will den Menschen in unserem Lande erklären – ich weiß, dass man Gerichte nicht kritisieren soll –, dass zwar ein christliches Kreuz

in der Schule nicht aufgehängt werden darf, dass aber extra ein Gesetz gemacht werden muss, um einer Lehrerin zu verbieten, ein Kopftuch zu tragen? Das passt doch nicht zusammen. Deshalb ist es richtig, dass Annette Schavan – viele Kultusminister werden folgen – mittlerweile einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat, mit dem man versucht, das Beste aus den gegebenen Bedingungen zu machen und das Tragen eines Kopftuchs in der Schule erst einmal zu verbieten. Sie hat unsere ganze Unterstützung bei diesem Projekt. Es ist doch – das kann keiner in Abrede stellen – im Wesentlichen das christliche Erbe, auf dem sich unser einiges Europa aufgebaut hat. Deshalb fordern wir – ich finde es richtig, dies zu fordern -: Was Europa ganz wesentlich eint, gehört als Gottesbezug auch in die Präambel eines Verfassungsvertrages eines Europas. Die Menschen wollen mit Recht – in dieser Sache müssen wir ihr Anwalt sein –, dass Europa eine Seele hat. Es darf nicht nur ein Paragraphendschungel sein, sondern es muss eine geistige Grundlage haben. Ich nenne stellvertretend für viele an dieser Stelle unseren Freund Erwin Teufel, der genau wie Peter

Altmaier, Elmar Brok und viele andere mit Verve genau um diesen Verfassungsvertrag gekämpft hat. Herzlichen Dank, Erwin Teufel, für dieses Engagement und viel Glück in der letzten Phase. Dann können wir klar machen: Grundlage und Orientierung unseres gesamten politischen Handelns sind und bleiben das christliche Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir machen mit den Konzepten, die wir heute und morgen beraten, deutlich, dass wir diese Werte in die Praxis umsetzen und dass wir das, was uns in dieser Republik seit 50 Jahren leitet, heute für das 21. Jahrhundert wieder gestalten wollen. Ich danke Jürgen Rüttgers, Christoph Böhr und Annette Schavan, die in der Präambel zu unseren Anträgen genau das hervorgehoben haben: Was bedeuten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute unter veränderten Bedingungen? Wir brauchen neben dem Selbstverständnis und der Frage unserer Werte drittens als Folge daraus verlässliche Konzepte für die Zukunft. Wir haben gesehen: Ein Land wie Deutschland wird seit 1945 durch mehr als nur durch ökonomische

mischen Erfolg getragen. Ein Land wie Deutschland ist reif und erwachsen geworden. Für eine Partei wie die CDU gründet sich Patriotismus auf Geschichtsbewusstsein. Aber Patriotismus erschöpft sich nicht darin. Er entwickelt – das ist für unsere Arbeit wichtig – eine produktive, ja befreiende Kraft für die Zukunft. Daraus schöpfen wir die Kraft, klar zu machen: Was sind unsere nationalen, deutschen Interessen in Europa und in der Welt? Wir wenden uns genau aus diesem Grund gegen diejenigen, die Europa und Amerika spalten wollen. Es ist nicht in unserem Interesse, dass Europa gegen Amerika arbeitet. Es wird kein geeintes Europa gegen Amerika geben. Es ist ureigenes deutsches Interesse, so zu verfahren und so zu agieren.

Genau aus dieser Kraft heraus, die wir mit unseren Interessen verbinden, sagen wir: Jawohl, unsere föderale Ordnung muss verändert werden. Sie ist in ihrer Schnelligkeit und in der Art und Weise, wie sie funktioniert, nicht mehr die Ordnung, die uns im Weltsystem wettbewerbsfähig sein lässt. Deshalb müssen wir handeln. Genauso gehen wir an das Steuersystem und die sozialen Sicherungssysteme

heran. Eine Welt, die sich verändert hat, ist eine Welt, auf die wir reagieren müssen.

Mit dieser Kraft kann, wenn wir es richtig machen, das Vertrauen in die Wirtschafts- und Sozialordnung als Teil unseres nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls wieder wachsen. Daraus erwachsen Kraft und Mut, die Weichenstellungen vorzunehmen. Ich bin ganz entschieden dafür, dass wir es dabei im Allgemeinen nicht belassen. Ich bin vielmehr dafür, dass wir uns klare Ziele setzen. Wir wollen bei wirtschaftlichem Wachstum, bei öffentlichen und privaten Investitionen, bei der Bekämpfung offener und verdeckter Arbeitslosigkeit, bei Qualität von Bildung und Ausbildung von heute an in zehn Jahren überall wieder unter den ersten Drei in Europa sein. Dann hätten wir etwas für dieses Land geschafft. Das kann dieses Land schaffen.



Wachstum

Dafür brauchen wir drei Dinge: erstens Wachstums, zweitens Wachstum, drittens Wachstum. Wachstum ist nicht alles. Aber ich sage Ihnen voraus: Ohne Wachstum ist alles, was wir unternehmen, nichts und wir wer-

den unsere Ziele nicht erreichen. Richtiges Wachstum ist absolut zwingend, wenn die Kürzungen, die jetzt notwendig waren, nicht die nächsten 30 Jahre so weitergehen sollen. Deshalb wird die CDU im Jahr 2004 das Projekt Wachstum in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Man muss sich einmal vergegenwärtigen: Wir sind das größte Land in Europa. Dieses größte Land in Europa und dieser ganze europäische Kontinent starren unentwegt in Richtung Vereinigte Staaten von Amerika, weil sie die einzige Entwicklungschance für uns darin sehen, ein paar Brosamen vom amerikanischen Wachstum abzubekommen. Mit diesem Selbstverständnis gestalten wir das 21. Jahrhundert nicht. Ich will das Projekt Wachstum so, dass wir selber an einen Aufschwung und einen Beitrag zur Entwicklung der Welt glauben. Das muss unser Anspruch sein. So wird nach Herzog 2003 Wachstum 2004 als unser Projekt folgen. Ludwig Erhard hat uns im Grunde schon 1957 in seinem Buch „Wohlstand für alle“ aufgeschrieben: „Es ist sehr viel leichter, jedem Einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren als einen Ge-

winn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung des Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muss.“ Das, was Ludwig Erhard schon 1957 gesehen hat, gilt heute unter Globalisierungsbedingungen umso stärker. Deutschland kann mehr. Deutschland muss Wachstum schaffen. Genau da ordnet sich unser Projekt der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme ein. Liebe Freunde, mein Dank gilt allen Mitgliedern der Herzog-Kommission, allen voran, lieber Herr Professor Herzog, Ihnen. Herzlichen Dank, dass Sie diese Arbeit übernommen haben.

Mein Dank gilt stellvertretend allen Mitgliedern, aber auch dem Generalsekretär Laurenz Meyer, der Sie – so habe ich aus der Ferne beobachtet – an vielen Stellen unterstützt hat. So ist es gemeinsam ein gutes Werk geworden. Herzlichen Dank, lieber Laurenz Meyer.

Herr Professor Herzog, Sie werden heute noch zu uns sprechen. Aber Sie haben in einer unerbittlichen Klarheit bei der Vorstellung der Ergebnisse der Herzog-Kommission erklärt: „Wenn wir jetzt nichts machen, dann fliegt das System in die Luft.“

Weil Sie jenseits der parteitaktischen Verdächtigungen sind, haben nach Ihren Worten plötzlich viele Menschen im Lande aufgehört, weil sie wussten: Wenn er sagt, dass das System in die Luft fliegt, dann muss daran etwas Wahres sein. Was hat uns bei der Arbeit gelehrt? Wir wissen nicht alles über die Zukunft in den nächsten 30 Jahren. Das können wir auch nicht. Aber wir haben die verdammte Pflicht, das, was wir wissen, zu bedenken, dies

dort weltweit eine persönlich gespürte Erfahrung ist.

Das ist für die Menschen nichts Abstraktes, nichts, auf das man mit einem „Weiter so!“ antworten kann. Wir brauchen, um wirklich vorankommen zu können, einen richtigen Befreiungsschlag. Der Weg, den wir wählen müssen, kann nur der sein, unsere Sozialsysteme stärker von den Arbeitskosten zu entkoppeln. Diese Konstruktion ist nämlich eine der Eigenar-



den Menschen mitzuteilen und daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir stellen fest: Die Alterung der Gesellschaft wird unsere Gesellschaft zwischen 2010 und 2030 massiv verändern. Das andere Stichwort ist die globale Welt. Wir erleben hautnah – viele unserer Mitglieder jeden Tag –, wie sich die Arbeitswelt verändert und dass der Wettbewerb nicht irgendeine Größe ist, sondern der Wettbewerb der Stan-

ten, die uns in der globalen Gesellschaft besondere Schwierigkeiten bereiten. Deshalb verfolgen wir diesen Weg entschieden, um etwas für die Zukunft des Wohlstands und der Arbeitsplätze in Deutschland zu tun. Wir sind der Überzeugung, dass ein Herumdoktern an den bestehenden Systemen keine umfassende Besserung bringen wird. Ich weiß – das sage ich in aller Ernsthaftigkeit –, dass wir

mit unseren Vorschlägen Neuland betreten. Wenn man in einem Bereich Neuland betritt, ist es immer so, dass man dort noch keine Erfahrungen gesammelt hat. Deshalb muss man gründlich überlegen und kann nicht hoppla hopp beschließen, wie man etwas macht. Man muss hin- und herrechnen und muss immer wieder überprüfen, ob eine Änderung notwendig ist. Änderungen darf man den Menschen nicht einfach zumuten. Aber wenn man, nachdem man gerechnet, überlegt und abgewägt hat, zu der festen Überzeugung kommt, dass es keine Alternative gibt, dann ist es die Pflicht ehrlicher und redlicher Politik, den Menschen zu sagen, dass es besser ist, Neuland zu beschreiten, wodurch man das Ziel erreichen kann, als das Betreten von Neuland zu vermeiden und das Ziel nicht dauerhaft erreichen zu können. Das ist unsere Aussage.

Mut an sich ist kein Selbstzweck. Aber Mut gehört auch dazu. Die Gesundheitsreform, die zum 1. Januar in Kraft treten wird, wird die Versicherten in Deutschland belasten. Das ist die Wahrheit. Man kann feststellen: Noch zwei oder drei solcher Reformen kann man den Menschen in

Deutschland nicht zumuten. Angesichts dessen, dass die Schere zwischen Beiträgen und Kosten unaufhaltsam größer wird, gibt es nur noch zwei Möglichkeiten, die das System hergibt: Entweder steigen ständig die Beiträge mit der Folge, dass es weniger Arbeit und geringere Einkommen gibt, oder es werden immer mehr Leistung ausgeschlossen. Die Erfahrung lehrt, dass beide Entwicklungen – ein Ansteigen der Beiträge und eine Ausgrenzung von Leistungen – wahrscheinlich parallel ablaufen werden.

Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen, dass unser bisheriges System an seine Grenzen gekommen ist. Jetzt zu zögern, hieße, dass wir zu einer Zweiklassenmedizin kommen. Aus diesem Grunde mussten wir also eine Entscheidung treffen. Wir haben uns entschieden. Der Entscheidungsprozess war, wie ich glaube, sehr lebendig; auch heute werden wir wieder darüber diskutieren. Es haben Regionalkonferenzen stattgefunden. Dort haben wir nicht nur über Zahlen gesprochen. Liebe Freunde, ganz besonders lieber Norbert Blüm, bei allem Disput in der Sache, bei allem, worüber auch heute noch unterschiedliche Einschätzungen vorliegen, hat

jeder, der an dieser Diskussion mitgewirkt hat, gewusst, dass es nicht um Zahlen, Rechenwerke und Modelle geht, sondern um die Menschen in diesem Land, die einen Anspruch auf soziale Sicherheit im Gesundheitsbereich haben. Dieses Ziel eint uns und wird uns immer einen. Wenn man genau hinsieht, dann hat Rot-Grün längst erkannt, dass Reformen im Rahmen des bestehenden Systems nicht tragfähig sind. Deswegen hat sich Rot-Grün für eine Bürgerversicherung entschieden. Meine Meinung ist – das sage ich Ihnen klipp und klar -: Die Bürgerversicherung ist der falsche Weg. Was gut klingt, wird schließlich in einer Einheitskasse ohne Wettbewerb enden. Der Trend zu mehr Abhängigkeit vom demographischen Faktor würde verstärkt. Die Verkopplung von Arbeitskosten und Gesundheitskosten – das ist ein Strukturfehler – würde bestehen bleiben. Deshalb schreibt der Sachverständigenrat der Bundesregierung, dass die Einführung der Bürgerversicherung insgesamt bis zu 1,2 Millionen Arbeitsplätze kosten könnte.

Wir kennen all die Argumente, die gegen die Herzog-Prämie angeführt werden. Ich höre unsere sozial-

demokratischen Wettbewerber schon schreien, das, was wir vorhätten, sei sozial, Chef und Sekretärin müssten gleichviel bezahlen. Das hört man immer wieder. Diejenigen von Rot-Grün, die das rufen, müssen aufpassen, dass nicht drei Finger zurückzeigen, wenn sie mit dem Finger auf uns zeigen. Ich nenne nur Ökosteuern, Zuzahlung oder Rentenkürzungen. Das alles sind Produkte unzuverlässiger rot-grüner Politik der letzten Jahre. Es ist Teil unseres christlichen Menschenbildes, dass die Gesundheit jedes einzelnen Menschen, ob Sekretärin oder Chef, gleichviel wert ist. Deshalb sind die Kosten, die für die Gesundheit der Sekretärin und des Chefs anfallen, gleich hoch. Anders geht es nicht, ansonsten sind wir bei einer Zweiklassenmedizin. Diese Überlegungen ergeben eine Prämie, wenn wir gleich umsteigen, von 180 Euro und einem Vorsorgebeitrag von 20 Euro. Unser Maßstab, den wir aufgestellt haben, lautet, niemand soll mehr bezahlen, als er heute in dem bestehenden System zahlt, wenn umgestellt wird. Und umgestellt wird, wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen. Das bringt für die Menschen in unserem

Land Klarheit und Verlässlichkeit bei der Umstellung.

Wer trägt denn zu dem sozialen Ausgleich bei? Diese Frage muss man einmal stellen. Ich bin in den letzten Wochen bei dieser Frage böse geworden. Wie ist denn heute die Verteilung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung gesichert? Wenn der Chef, der drei Kinder hat und dessen Ehefrau nicht erwerbstätig ist, freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, muss er bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3 700 Euro Beiträge bezahlen und alles, was er mehr verdient, wird zum sozialen Ausgleich des Risikos Gesundheit nicht herangezogen. Dafür ist die ganze Familie kostenlos mitversichert. Was ist daran sozial, dass zum Beispiel ich, weil ich privat versichert bin, zum sozialen Ausgleich mit Rentnerinnen und Rentnern und mit Geringverdienenden in dieser Gesellschaft keinen einzigen Cent beitrage? Ist das sozial bei dem Risiko wie der Gesundheit, das allgemein besteht und jeden treffen kann? Ich sage, das ist nicht sozial, liebe Freunde. Deshalb müssen wir das ändern. Die Änderung im Prämienmodell ermöglicht es, durch die Prä-

mie Wettbewerb im System zu bekommen und gleichzeitig den sozialen Ausgleich auf breitere Schultern zu stellen. Dann durch diesen sozialen Ausgleich im Steuersystem, der durch das Steuersystem am besten geregelt werden kann, weil die Progression des Steuersystems natürlich jeden nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert, erfolgt gleichzeitig – das ist das eigentlich Faszinierende – eine Entkopplung von den Arbeitskosten. Das ist der Grund, warum der Sachverständigenrat der Bundesregierung sagt, das koste keine Arbeitsplätze, sondern schaffe Arbeitsplätze, weil Arbeit aus der Schwarzarbeit herauskomme. Die Zahl wird mit einer Million angegeben. Da der Sachverständigenrat für die Bundesregierung arbeitet, hat er sicherlich nicht zugunsten unseres CDU-Parteitags gehandelt, sondern nichts weiter als die Wahrheit aufgeschrieben. Dafür werden wir auf diesem Parteitag kämpfen, liebe Freunde.

Familien

Eine weitere Frage, die mich besonders fasziniert, ist, wie es heute um den sozialen Ausgleich in der ge-

setzlichen Krankenversicherung bestellt ist, wenn es um Familien geht. Der Beitrag ist bruttolohnabhängig, das heißt, ob jemand ein Kind, zwei oder drei Kinder hat, er zahlt immer den gleichen Beitrag zur Krankenversicherung. Liebe Freunde, bei einem Steuer finanzierten System gehört zum sozialen Ausgleich auch eine Familienkomponente; denn derjenige, der Steuern zahlt, zahlt, wenn er Kinder hat, aufgrund der Kinderfreibeträge weniger als derjenige, der keine Kinder hat. Das bedeutet nicht nur beitragsfreie Mitversicherung der Kinder. Vielmehr wird der soziale Ausgleich für Familien besser geregelt, als das heute der Fall ist. Das ist ein wirklicher Beitrag zur Verbesserung der Familienpolitik in unserem Land.

Jawohl, darum will ich gar nicht herumreden, das kostet Geld. Wir haben die Kosten auf etwa 28 Milliarden Euro beziffert. Natürlich werden wir den Arbeitgeberbeitrag versteuern. Das bringt 18 Milliarden Euro, sodass nur noch zehn Milliarden Euro fehlen. Wenn wir dies politisch wollen, wenn dies Arbeitsplätze bringt, dann müssen wir die fehlenden Mittel entweder aus dem Mehr an Wachstum aufbringen oder – auch hier

will ich nicht darum herumreden – die Steuern weniger als geplant senken. Wer sind die Belasteten und die Entlasteten? Diejenigen, die wenig verdienen, werden nicht stärker belastet, aber auch nicht geringer. Diejenigen, die zwischen 2 500 Euro und 3 700 Euro verdienen und damit in der Nähe der Beitragsbemessungsgrenze liegen, werden entlastet, und zwar zulasten derjenigen, die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze verdienen. Es werden zum Beispiel die Facharbeiter entlastet, also 90 Prozent der Versicherten, die bislang ohne jeden Grund den sozialen Ausgleich alleine tragen. Das ist die Wahrheit. Wir sorgen über das Steuersystem für einen sozialen Ausgleich. Wir sagen ehrlich, wie es ist.

Wir haben in den letzten Wochen auch herausgearbeitet – ich danke allen Sozialpolitikern –, wie der soziale Ausgleich funktionieren soll. Liebe Freunde, natürlich flößt es Angst ein, wenn gesagt wird: Wenn man bedürftig wird, dann muss man zum Amt gehen. Prämie und Ausgleich werden aber automatisch verrechnet, sodass diejenigen, die Geringverdiener sind und die Familienarbeit leisten, im Endeffekt eine geringere Prämie zahlen als

diejenigen, die ihre Prämie aus eigener Kraft zahlen können. Auch das ist unsere Verantwortung in einer solidarischen Gesellschaft. Wir machen ein verlässliches Angebot, das Eigenverantwortung und Eigenvorsorge stärkt und das den Familien hilft. Wir werden heute Nachmittag bei den Beratungen über die Renten-, die Arbeitslosen- und die Pflegeversicherung ähnlich vorgehen. Ich glaube, dass am Ende ein in sich konsistentes System herauskommt, von dem wir sagen können: Wir haben nicht gepennt, nicht geträumt und uns nicht in die Tasche gelogen, sondern den Mut gehabt, umzusteigen, Neuland zu betreten, und damit für Sicherheit und Verlässlichkeit gesorgt. Ich bin stolz darauf, dass wir uns damit befassen werden.

Morgen werden wir über ein Projekt beraten, das federführend von Friedrich Merz bearbeitet wurde und mit dem wir deutlich machen: Wer wieder Vertrauen und Verlässlichkeit möchte, der muss auch in den Finanzbeziehungen zwischen Bürgern und Staat wieder Transparenz bringen. In den letzten Wochen hat es sehr interessante Umfragen gegeben. Die Menschen haben große Zweifel, ob Steuersenkungen überhaupt machbar sind.

Aber die Menschen sagen auch: Ich will meine Steuererklärung auf einen Zettel machen können, der nicht größer als ein Bierdeckel ist. Das ist mit Friedrich Merz' Steuermodell möglich. Dafür, lieber Friedrich, vielen Dank und alles Gute für deine morgigen Beratungen. Genau das ist der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und uns, liebe Freunde. Der amtierende Finanzminister mit seinem ganzen Beamtenapparat möchte die Erbschaftsteuer erhöhen. Die Grünen möchten die Vermögensteuer wieder einführen. So bekommt man dieses Land nicht wieder an die Spitze. Was passiert denn in einer globalen Welt? Im Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung wird davon ausgegangen, dass derjenige, der weniger als die Hälfte des Durchschnittsverdienstes hat, arm ist. Liebe Freunde, wenn wir alle Reichen aber vertreiben, dann sind die Armen noch ärmer. Auf diesen Pfad möchte ich mich nicht begeben. Das ist keine verantwortungsvolle Politik für dieses Land.

Die Kalamität, in der wir in diesem Land stecken, findet ihren Ausdruck nicht allein in den dramatischen Arbeitslosenzahlen. Diese sind schlimm genug. Die Ar-



Annette Schawan in der Aussprache

beitslosenzahl wird im November dieses Jahres wahrscheinlich bei 4,2 Millionen liegen. Aber die eigentliche Kalamität wird durch die Tatsache deutlich gemacht, dass es heute 600 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse weniger gibt als vor einem Jahr. Das ist der eigentliche Ausdruck dessen, was Rot-Grün angeordnet hat. Wir haben Verhandlungen vor uns. Ich denke, es gibt eine breite Unterstützung für Folgendes – dieses Signal möchte ich von diesem Parteitag senden -: Jawohl, wir wollen Kompromisse. Aber wir machen nur Kompromisse, die wirklich verantwortbar sind. Jawohl, wir sind immer die Partei gewesen, die Steuersenkungen für richtig gehalten hat. Aber angesichts der Sparanstrengungen unserer Ministerpräsidenten wird es mit der Union keine Steuersenkungen geben, die völlig auf Pump finanziert werden. Steuersenkungen kann es nur

dann geben, wenn entsprechende Strukturreformen in Deutschland durchgeführt werden. Die wichtigste Strukturreform betrifft den ersten Arbeitsmarkt. Hier stehen die Themen

„Kündigungsschutz“ und „betriebliche Bündnisse“ auf der Tagesordnung. Da wir zwei hochrangige Vertreter der Gewerkschaften hier haben, möchte ich ganz deutlich sagen: Wir glauben, dass die betrieblichen Bündnisse für Arbeit gesetzlich ermöglicht werden sollten. Wir haben dafür Vorschläge vorgelegt. Ich sage ausdrücklich: Sollten die Einzelgewerkschaften in den nächsten Tagen vorschlagen, dass sie als Tarifpartner solche betrieblichen Bündnisse ermöglichen wollen, dann würden wir im Gesetz klarstellen, dass solche betrieblichen Bündnisse Vorrang vor unseren gesetzlichen Regelungen hätten. Ich glaube, das ist ein fairer Kompromiss, eine Möglichkeit. Ich wünsche ihnen viel Erfolg und hoffe, dass das klappt. Wir werden auf jeden Fall darauf reagieren.

Liebe Freunde, angesichts dessen, über das im Vermittlungsausschuss verhandelt wird – die Union nimmt hier eine einheitliche

Linie ein-, möchte ich sagen: Wachstum kann nur aus Investitionen, Innovation und Bildung entstehen. Deutschland ist nicht mehr in allen Bereichen ein moderner Forschungsstandort. Deutschland hat an Terrain verloren. Deutschland braucht Reformen. Ich bin dankbar, dass die CDU beim Thema Bildung in allen Bereichen vorne ist. Sachsen liegt auf Platz drei der PISA-Studie, Baden-Württemberg auf Platz zwei, Bayern auf Platz eins und Thüringen auf Platz vier. Wenn es nach uns ginge, wären die Studiengebühren schon längst in Deutschland möglich, vor allem für Langzeitstudenten, die endlich mit ihrem Studium fertig werden müssen, damit sie überhaupt 45 Lebensarbeitsjahre für ihre Rente erreichen. Es gibt bis jetzt kein einziges SPD-regiertes Land, das begonnen hat, das Abitur mit zwölf Jahren einzuführen. Die neuen Bundesländer haben es vorgemacht und die unionsregierten Länder machen es nach; zum Beispiel das Saarland unter Peter Müller, Hessen und Baden-Württemberg. Das sind die Signale, die wir brauchen. Ich nenne auch Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Jeder der dort regiert, macht seine Arbeit vernünftig. Deshalb müssen es noch mehr Bun-

desländer werden, die wir regieren.

Schauen Sie sich an, was jenseits der finanziellen Malaise am Forschungsstandort Deutschland passiert. Frau Künast beschäftigt sich damit, das Legehennenverbot früher als in den anderen europäischen Ländern in Kraft zu setzen. Christian Wulff muss viele Stunden seines Lebens damit verbringen, zu verhindern, dass Geflügelproduktionsbetriebe nicht in die Niederlande oder andere Länder abwandern und deutsche Bauern Arbeitsplätze verlieren. Wir wollen gleiche Wettbewerbsbedingungen. Sie müssen sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, womit sich deutsche Ministerpräsidenten zu befassen haben. Es geht um die Höhe von Käfigen und die Frage, ob das Huhn ein Scharr- oder Flugtier ist, und es geht um die Frage, ob die Bestimmungen auch für Enten gelten sollen, wie Erwin Teufel gefragt hat. Liebe Leute, vor allen Dingen geht es in Deutschland um Arbeitsplätze für Menschen, die in Deutschland eine Zukunft haben wollen und nicht aus diesem Land abwandern wollen. Ich persönlich halte es für einen der größten Skan-

dale, dass bei der Finanznot der Bundesregierung der Bundesumweltminister anlässlich der Vernichtung von Arbeitsplätzen im Kernkraftwerk Stade Sektkorken knallen lässt; und das auf Steuerzahlers Kosten. Wir müssen den Menschen sagen: Das ist das Allerletzte. Ich sage das, weil ich glaube, dass wir Prioritäten setzen müssen. Wir können die Priorität auf das Dosenpfand und auf die Chemikalienrichtlinie setzen, die 1 200 Seiten umfasst, wir können die Priorität aber auch auf die Themen setzen,



Zustimmung von Peter Müller

mit denen wir in der Welt mithalten wollen, um aus Europa einen dynamischen Kontinent zu machen.

Europawahlkampf

Lieber Hans-Gert Poettering, du bist unser Spitzenkandidat bei der anstehenden Europawahl. Wir werden diese Europawahl dazu

nutzen, die Auseinandersetzung darüber zu führen, womit uns Europa hilft und was uns Europa bringt, damit wir den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen auf unserem Kontinent und in Deutschland verbessern können. Ich danke all denen, zum Beispiel Hartmut Nassauer, Wolfgang Schäuble, Peter Hintze und Elmar Brok, die dafür sorgen, dass wir an diesem Prozess teilhaben können. Ich wehre mich dagegen, dass diejenigen, die uns vorwerfen, dass wir Themen wie die Chemikalienrichtlinie und die Minderung des CO₂-Ausstoßes auf die Tagesordnung bringen, uns zu Gegnern der europäischen Einigung stempeln wollen. Das wird es nicht geben.

Das wird es auch in einem anderen Bereich nicht geben. Das sage ich klipp und klar. Es wird nicht das Hauptthema sein, aber es wird ein Themasein. Im Europawahlkampf werden wir auch über die Frage sprechen, wer in Zukunft Mitglied der Europäischen Union sein sollte. Nachdem wir viele Jahrzehnte unseren türkischen Freunden immer wieder Illusionen gemacht haben, ist es an der Zeit, dass wir auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien ganz deutlich sagen, was wir können und

was wir nicht können. Nach meiner festen Überzeugung – auch das betrifft einen Teil der Kopenhagener Kriterien – ist die heutige Europäische Union nicht fähig, in absehbarer Zeit auch noch die Türkei aufzunehmen. Deshalb werden wir das thematisieren. Wir machen das verantwortungsvoll und mit Blick auf eine ganz spezielle Partnerschaft mit der Türkei. Wir werden uns weder vom Bundesaußenminister noch vom Bundeskanzler, die uns unredliche Motive unterstellen, von diesem Weg abbringen lassen, so laut sie auch immer rufen und so taktisch sie auch immer argumentieren. Es geht nicht nur um die Europawahl im nächsten Jahr, sondern es geht auch um die Wahl des Bundespräsidenten. Wir, CDU und CSU, werden Anfang des Jahres gemeinsam mit der FDP einen Vorschlag unterbreiten. Im nächsten Jahr geht es auch um wichtige Landtagswahlen. Mit Georg Milbradt an der Spitze wird die CDU Sachsen am 19. September wieder die Wahl gewinnen.



Bericht von Hartmut Nassauer, Vorsitzender CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Ich bin ganz sicher, lieber Georg Milbradt, dass das Werk und die Leistung, all das, was Sie erreicht haben, so überzeugend ist, dass der 19. September mit unserer gemeinsamen Arbeit ein Siegestag für die Union in Sachsen sein wird. Liebe Freunde in Sachsen, euch wird sowieso nichts anderes übrig bleiben, denn die Thüringer werden schon am 13. Juni mit Dieter Althaus in Vorlage getreten sein. Was Bernhard Vogel und die Thüringer CDU gemeinsam mit den Menschen in Thüringen aufgebaut haben, ist großartig. Deshalb möchte ich, lieber Bernhard Vogel, Ihnen persönlich an dieser Stelle sagen: Zwölf Jahre waren Sie Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, elf Jahre Ministerpräsident von Thüringen. Mittlerweile sind Sie 43 Jahre Mitglied unserer Partei, immer mit einem offenen Ohr, einem

ganz feines Gespür und klaren Worten. Das ist eine Leistung, die in unserer Partei ihresgleichen sucht. Die Art und Weise, wie Sie das Amt an Dieter Althaus übergeben haben, steht stellvertretend für den Stil, mit dem Sie Politik gemacht haben. Herzlichen Dank, lieber Bernhard Vogel. Lieber Jürgen Rüttgers, 1999 hat die CDU in Nordrhein-Westfalen unendlich viele rote Rathäuser erobert. Ich bin mir sicher, dass 2004 noch welche dazu kommen. Nordrhein-Westfalen – das spürt jeder, der in dem Land ist – steht vor dem Farbwechsel. Der Kommunalwählerfolg wird der erste Schritt zu einem richtigen Stabwechsel im Herzland der Sozialdemokratie sein. Lieber Jürgen Rüttgers, wir werden das gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Landesverband anpacken. Sie haben unsere volle Unterstützung. Ich habe die nordrhein-westfälische Kommunalwahl stellvertretend für acht Kommunalwahlen im nächsten Jahr genannt. Wir sind stark in den Kommunen, weil Hunderttausende von CDU-Mitgliedern vor Ort jeden Tag hart arbeiten. Wir sind stark in den Bundesländern, weil die Menschen sehen, dass es dort, wo die Union regiert, Lösungen statt Losungen

gibt. Wir sind stark im Deutschen Bundestag, weil unsere Fraktion kämpferisch und entschlossen ist. Wir sind stark, weil wir gemeinsam wissen: „Weiter so“ geht nicht. Die Antworten der Bundesregierung kennen wir. Wir gehen weiter. Wir sagen, wir wollen unser Ziel in den nächsten zehn Jahren erreichen, und wir dürfen dieses Ziel keine Sekunde aus den Augen verlieren.

Deshalb geht es bei Gesundheit und Pflege nicht mehr darum, zu erkennen, dass es eine Reform innerhalb des Systems nicht mehr

geben kann; es geht nur noch darum, zu entscheiden, ob wir Bürgerversicherung oder Prämienmodell wollen. In der

Frage der Familien geht es nicht mehr darum, ob wir Familien gegenüber Kinderlosen fördern wollen, sondern wir müssen uns im Detail damit beschäftigen, ob wir das über das Steuersystem oder innerhalb des Sozialversicherungssystems machen.

Auch im Einkommensteuersystem stellt sich überhaupt nicht mehr die Frage, ob man so irgendwie weitermachen kann, sondern die Frage ist: Wollen wir uns mit halbherzigen Schritten begnügen oder wagen wir das, was Friedrich Merz vorgeschlagen hat, nämlich einen wirklichen Systemwechsel? Es geht auch nicht mehr um die Frage, ob der Föderalismus noch irgendwie so weiterwursteln kann, sondern wir müssen uns fragen, ob wir es schaffen, das Subsidiaritätsprinzip wirklich durchzusetzen, oder ob wir wieder in den Zentralismus verfallen,



Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt beim Grußwort

wie es unsere politischen Wettbewerber wollen. Das ist die Frage, vor der wir stehen!

Liebe Freunde, auch bei der Forschung geht es nicht mehr um die Frage, dass wir etwas tun müssen, dass wir besser werden müssen; aber

wir werden uns schon mit der Frage befassen müssen, ob wir dabei im Blick auf Anfang und Ende des Lebens die Forschung beliebig sein lassen oder ob wir trotz unseres Bekenntnisses zur Forschung Anfang und Ende des Lebens unverrückbar als Werte behalten wollen, die auch der Forschung nicht geopfert werden dürfen. In der Außenpolitik geht es nicht um die Frage, dass wir uns mit den Gefahren des Terrorismus beschäftigen müssen; wir werden nur die Frage zu beantworten haben, ob wir das mit beliebigen Bündnissen machen – je nachdem, wie es uns passt – oder ob wir ein verlässlicher Partner in Europa und mit Amerika sind. Das ist die Alternative, vor der wir stehen. Wenn man einmal in zehn Jahren auf unser Land von heute zurückblickt, dann wird man sagen: Die wussten wenigstens, dass sie etwas tun müssen. Vielleicht heißt die Antwort aber auch: Die Christlich Demokratische Union wusste, wie sie es tun musste. Die Christlich Demokratische Union hat verstanden: Es waren die zweiten Gründerjahre dieser Republik. Wir, die Christlich Demokratische Union, sind zutiefst davon überzeugt: Deutschland kann mehr. Wir wissen, unser Land braucht einen



17. Parteitag: die Weichen wurden gestellt

neuen Anfang. „Ich glaube nicht an ein Schicksal, das uns ereilt, ganz gleich, was wir tun.“ Das sagte Ronald Reagan in seiner ersten Amtseinführungsrede. Er fuhr fort: „Ich glaube an ein Schicksal, das uns ereilt, wenn wir nichts tun.“ – Liebe Freunde, ja, wir haben uns entschlossen, etwas zu tun. Wir haben uns entschlossen, das Notwendige für Deutschland zu tun.

Liebe Freunde, wir sind Opposition – noch -, die anderen regieren – noch -, aber jeder spürt: Der Wind dreht sich, die Uhr für Herrn Schröder und Rot-Grün läuft ab, langsam, aber unablässig. Niemand weiß, wann es so weit ist, ob 2006 oder schon vorher, aber wann immer die Zeit gekommen ist, liebe Freunde, ich kann sagen: Sie wird uns für die Übernahme von Verantwortung bereit finden. Das ist die Botschaft dieses

Parteitages. Sie wird uns bereit finden in der großen Tradition unserer Partei, aus Liebe zu unserem Land und in Verantwortung gegenüber den Menschen, bereit, willens und in der Lage, das Erforderliche zu tun. Das ist auch heute nicht anders als zum Zeitpunkt der Gründung der CDU, und deshalb sage ich es mit dem letzten Satz des Gründungsauftritts der CDU: „voll Gottvertrauen unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.“ Das ist das einigende Band: dass wir uns bemühen, in Verantwortung vor den Gründern unserer Partei und in Verantwortung vor den Kindern und Enkeln von heute sagen zu können: Wir haben das Richtige angepackt, wir haben das Richtige getan, wir waren mutig, wir haben uns der Verantwortung gestellt, und wir können der Geschichte ins Auge sehen.

CDU mit neuer Werbelinie

Erkennbarkeit und Unverwechselbarkeit in der öffentlichen Kommunikation sind unverzichtbar.

Sicher lebt die Positionierung der CDU in den Köpfen der Menschen zu allererst von Inhalten und von den Menschen, die dafür stehen. Aber ein gelungener visueller Auftritt kann dies wirksam unterstützen. Bundesvorstand, Generalsekretäre und Geschäftsführer der Landesparteien, sowie die Kommission „Bürgerpartei CDU“ waren sich darin einig, das Erscheinungsbild unserer Partei weiterzuentwickeln.

Zentrales Anliegen war es, die unverwechselbare Stärke unserer Partei, die Verbindung von Gemeinsamkeit und Vielfalt, zum Ausdruck zu bringen. Die CDU von Flensburg bis Konstanz hat jeweils eine eigener Prägung. Das neue Erscheinungsbild soll beides leisten: die Gemeinsamkeit stärken und der Vielfalt Raum geben. Dazu erklärte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer anlässlich der Vorstellung der neuen Werbelinie: „Meine herzliche Bitte ist: Machen Sie mit bei der Umsetzung - dort, wo Sie Verantwortung tragen. Niemand wird eine vollständige Umsetzung von

heute auf morgen leisten können, auch die Bundespartei nicht. Entscheidend ist, jetzt das Ziel zu setzen und mit der Realisierung zu beginnen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle wird Sie dabei mit Anwendungs- und Arbeitshilfen unterstützen.“

Folgende Elemente prägen das neue Erscheinungsbild der CDU:

Das Logo

Die Anwendung des Logos variiert in den Parteigliederungen oft so stark, dass ein gemeinsamer Auftritt in der Kommunikation nicht immer erkennbar ist. Es war das Ziel, ein Design zu entwickeln, das unsere Gemeinsamkeiten betont und dennoch flexibel ist. Mit dem neuen Logo werden die Buchstaben wahrnehmbarer und prägnanter. Die neue Schriftart ist optisch eine Evolution und kein Bruch. Sie bleiben unverwechselbar und haben ihren Charakter gestärkt: kraftvoll und dynamisch.

Das rote Logo, dessen Farbe nicht geändert wurde, wird auf einem weißen Hin-

tergrund (die so genannte „Schutzzone“) eingesetzt, damit es auf Plakaten, Broschüren usw. noch stärker ins Auge fällt. In diesem Weißraum sollen neben dem Logo lediglich Gliederungsbezeichnungen zulässig sein, also Verbandsbezeichnungen wie CDU Musterstadt. Bei Anwendung des Logos auf weißen Flächen, wie z.B. bei Visitenkarten, Briefpapier oder Flugblättern, wird die Logoschutzzone hellgrau hinterlegt. Um regionalen Signets Platz zu geben, wurde neben dem CDU-Logo ein definierter Raum eingerichtet. Die Positionierung dieser Symbole in einem eigenen Raum neben dem CDU-Logo bringt beides optisch besser und klarer zur Geltung. Die



CDU

CDU-Bundesgeschäftsstelle nutzt diese Möglichkeit im Rahmen des Europawahlkampfes

Die Schrift

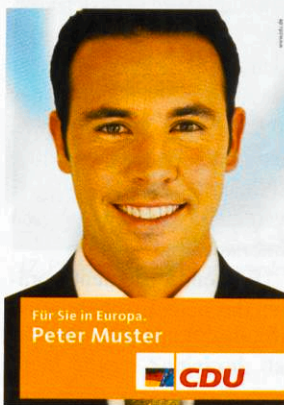
Die Bundespartei verwendet derzeit die Schriftart

„Franklin Gothic“. In den Verbänden werden unterschiedliche Schriftarten genutzt. Die „Franklin Gothic“ hat sich zwar bewährt, sollte jedoch in Sachen Lesbarkeit optimiert werden. Deshalb wird künftig die Schriftart „FF Kievit“ als optimierte Weiterentwicklung eingesetzt und den Verbänden zur Verfügung gestellt.

Die Farben der CDU

Die Farbe Blau wird inzwischen von vielen Parteien eingesetzt; sie ist damit kein Markenzeichen der CDU mehr, da sie Werbemittel in Konkurrenz zu anderen Parteien verwechselbar macht. Trotzdem wird Blau auch weiterhin eine wichtige Kommunikationsfarbe bleiben, z.B. für fernsehtaugliche Bühnen, Rückwände usw. Daneben soll eine Akzentfarbe angeboten werden, die eine stärkere optische Differenzierung im Parteienwettbewerb ermöglicht. Bestimmte Farben kommen nicht in Betracht, da sie politisch belegt sind (Rot, Grün, Gelb). Daher lautet die Empfehlung, Orange als optimale Akzentfarbe in der Kommunikation der CDU einzusetzen. Sie wird von keiner anderen Partei eingesetzt und macht

die Werbung der CDU damit unverwechselbar.



Die Europawahllinie der CDU

Die Bundespartei wird ab dem Parteitag in ihrem Auftritt alle Basiselemente der neuen Werbelinie einsetzen. Sie wird im Europawahljahr folgende Akzente einsetzen: ■ ein Deutschland/Europa-Flaggen-Signet als Logozusatz ■ ein Layout für Plakate, Broschüren, Werbemittel usw. mit einem Orange-Akzent.

Umsetzung

Die Bundespartei hat zum Parteitag in Leipzig ihr neues Erscheinungsbild und die Werbelinie für die Europawahl eingeführt. Die Gliederungen und Vereini-

gungen erhalten durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle umfangreiche Arbeitshilfen (Handbuch, CD-Rom). Das Prinzip ist: Wo CDU drin ist, muss auch CDU drauf stehen. Für alle gilt: Was neu produziert wird, wird im neuen Erscheinungsbild produziert. Was da ist, muss nicht weggeworfen werden.

Für weitere Informationen und Rückfragen steht Ihnen im Konrad-Adenauer-Haus Herr Olaf Dembinski (Telefon: 030/22070-380; E-Mail ci@cdu.de) gern zur Verfügung. Umfangreiche Informationen, auch zur Gestaltung von Internetseiten, finden Sie auf unserem CI-Portal im Internet unter www.ci.cdu.de.

Die ersten Tage der neuen CI

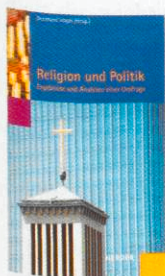
Nach dem Parteitag in Leipzig haben bereits zahlreiche Kreis- und Ortsverbände die ersten „Schritte“ im neuen Erscheinungsbild unternommen. Zum Beispiel wurden die Internetseiten der Kreisverbandes Neuss (www.cdu-kreisneuss.de), der CDU-Wilmersdorf (www.cdu-wilmersdorf-sued.de) und der CDU-Willich (www.cdu-willich.de) innerhalb kürzester Zeit umgestellt.

Weihnachten: der „politische“ Geschenktipp

Weihnachten kommt bestimmt und je näher der 24. Dezember rückt, stellt sich die Frage: „Was soll ich schenken?“ Oder haben Sie selbst noch Platz auf ihrem Wunschzettel? Ob jung oder alt, bei den in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Büchern werden Sie bestimmt fündig.



J. Aretz/G. Buchstab/J.-D. Gauger (Hrsg.):
Geschichtsbilder
Weichenstellungen
deutscher Geschichte
nach 1945, Herder, Frei-
burg 2003, 296 Seiten,
13 Euro, ISBN 3-451-
20329-4



Bernhard Vogel (Hrsg.):
Religion und Politik
Herder, Freiburg 2003
416 Seiten, 18 Euro
ISBN 3-451-20475-4

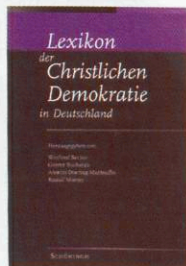
Ehrhart Neubert:
Ein politischer Zwei-
kampf in Deutschland
Die CDU im Visier der
Stasi, Herder, Freiburg
2002, 268 Seiten, 13 Euro
ISBN 3-451-28016-7



Manfred Agethen/Gün-
ter Buchstab (Hrsg.):
Oppositions- und Frei-
heitsbewegungen im
früheren Ostblock
Herder, Freiburg 2003,
220 Seiten, 12 Euro
ISBN 3-451-20193-3



W. Becker/G. Buch-
stab/A. Doering-Man-
teuffel/R. Morsey:
Lexikon der Christlichen
Demokratie in Deutsch-
land, Schöningh, Pader-
born 2002
809 Seiten, 50 Euro
ISBN 3-506-70779-5



Brigitte Kaff (Hrsg.):
Junge Union 1945-1950
Jugendpolitik in der so-
wjetisch besetzten Zone
Herder, Freiburg 2003
309 Seiten, 14 Euro
ISBN 3-451-20442-8



R. H. Hasse/H. Schnei-
der/K. Weigelt (Hrsg.):
Lexikon Soziale Markt-
wirtschaft, Wirtschafts-
politik von A bis Z
Schöningh, Paderborn
2002, UTB-Reihe
527 Seiten, 18,90 Euro
ISBN 3-8252-2325-6



KARL-JOSEF LAUMANN:
**Arbeitslosenzahlen
 weiter bedenklich**

Zur Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen für den November 2003 durch die Bundesanstalt für Arbeit erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit:

Der erste Eindruck bei den neuesten Arbeitsmarktdaten täuscht: Eine „günstige Entwicklung“, wie von der Bundesanstalt diagnostiziert, kann beim besten Willen nicht erkannt werden. Hier war wohl – zum letzten Mal – der Medienberater von Herrn Gerster am Werk.

Rund 4,2 Millionen Arbeitslose insgesamt, 160.000



mehr als im Vorjahr und 450.000 Beschäftigte weniger als noch vor einem Jahr

LAURENZ MEYER:

Schröder darf Arbeitsmarktreform nicht blockieren!

Die neuen Arbeitsmarktzahlen zeigen vor allem eines: Statt teurer PR-Gags aus Nürnberg braucht Deutschland endlich Reformen am Arbeitsmarkt. Nur so erreichen wir mehr Flexibilität und damit mehr Neueinstellungen. Bundeskanzler Schröder darf dies im Vermittlungsausschuss nicht blockieren.

Reformen am Arbeitsmarkt sind die Voraussetzung dafür, dass Steuererleichterungen überhaupt Wirkung zeigen können. Schröder selbst hat in seiner Agenda angekündigt: Wenn es keine freiwilligen Vereinbarungen der Tarifpartner gibt, dann werde er für gesetzliche Regelungen sorgen. Jetzt muss er zu seinem Wort stehen.

Doch offensichtlich hatte der Kanzler im November ausschließlich damit zu tun, seinen Parteitag ruhig zu stellen. Und Schröders Mann in Nürnberg beschäftigte sich derweil mit teuren und fragwürdigen PR-Aktionen. Doch für die Arbeitslosen ist nichts geschehen. Statistische Taschenspielerereien kaschieren nur mühsam, dass unter Schröder Stagnation herrscht. Hauptziel von Schröder und Gerster ist nur noch eines: Das Verkaufen von schlechter Politik – und das ist in jeder Hinsicht zu teuer für die Arbeitslosen und unser Land.

Den wahren Zustand in Deutschland offenbaren die Beschäftigtenzahlen des Statistischen Bundesamtes: 450.000 Menschen sind im

November weniger in Arbeit als im Vorjahr. Fast so viele Bürger, wie Dresden Einwohner hat, verabschieden sich aus dem Erwerbsleben und fallen als Steuerzahler und als Sozialversicherte aus. Jede Viertelstunde schließt in Deutschland ein Unternehmen für immer. Creditreform kündigt für 2003 erneut Rekordzahlen bei den Konkursen an. Allein dadurch drohen in Deutschland über 600.000 Arbeitsplätze wegzufallen.

All dies sind Zahlen, die den Kanzler warnen sollten: Es muss Schluss sein mit Schröders Rücksichtnahme auf die Betonköpfe in der SPD. Der Kanzler muss jetzt im Vermittlungsausschuss zeigen, dass er nicht zuerst an seine Partei denkt, sondern an unser Land.

sind alles andere als eine „günstige Entwicklung“ für unser Land. Es gibt keine Wende am Arbeitsmarkt.

Der stetige Rückgang der Beschäftigten und damit derjenigen, die Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme entrichten, bedeutet für diese Systeme und für unsere Volkswirtschaft die größte Bedrohung. Hier erodiert die wichtigste Grundlage unserer Gesellschaft. Seit genau zwei Jahren sinkt die Zahl derjenigen, die überhaupt noch einen Job haben. Heute sind weniger Menschen beschäftigt als 1999.

Der Arbeitsmarkt braucht dringend Reformen. Es wäre höchste Zeit, dass die Bundesregierung hier endlich zu mutigen Schritten käme. Bedauerlicherweise, aber nicht wirklich überraschend, blockiert sie bislang notwendige und maßvolle Reformen im Vermittlungsausschuss und unterwirft sich damit kritiklos den Vorgaben der Gewerkschaften. Dies gilt sowohl für betriebliche Bündnisse für Arbeit, für den Kündigungsschutz als auch für die künftige Organisation der Betreuung von Langzeitarbeitslosen. An keinem dieser Punkte hat sich die Regierung bisher entscheidend bewegt.

KATHERINA REICHE:

Zwangsabgabe verantwortungs- los



Zu den aktuellen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zum Lehrstellenmarkt erklärte die bildungspolitische Fraktionssprecherin:

Ende November verringerte sich die Zahl der am 30. September noch unversorgten Jugendlichen nach 6.600 im Oktober um weitere 7.100 auf 21.300. 6.100 gemeldete Stellen sind noch unbesetzt. Der Lehrstellenmarkt bleibt in Bewegung.

Die Lehrstellen-Nachvermittlungsaktion der Bundesanstalt für Arbeit und der Unternehmen, die bis zum 30. Dezember läuft, kommt damit in die Zielgerade. Die Anstrengungen dürfen nicht nachlassen. Jede zusätzliche Lehrstelle zählt. Die Jugendlichen brauchen eine Perspektive und sind auch selbst aufgefördert, bei einem Lehrstellenangebot zuzugreifen, auch

wenn es sich nicht um den Traumberuf handelt.

Die Nachvermittlungsaktion wurde empfindlich durch den Parteitagbeschluss der SPD gestört, der eine Zwangsabgabe fordert. Allein schon die permanente Diskussion darüber zerstört weiter das Vertrauen der Unternehmer in die Verlässlichkeit der Regierungspolitik.

Die aktuelle Datengrundlage rechtfertigt in keiner Weise die Einführung einer solchen Zwangsabgabe. Für unzureichende Vermittlungsergebnisse trägt jetzt die Bundesregierung die politische Verantwortung.

MARIA BÖHMER:

Frauen bei Rente benachteiligt



Zu den Rentenplänen der rot-grünen Bundesregierung erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Frauen gehören bei den derzeitigen Plänen der Bundesregierung zur Rente ein-

deutig zu den Verliererinnen.

Da Frauen im Monat durchschnittlich 500 Euro weniger Rente erhalten als Männer, sind sie von geringeren Rentenanpassungen in stärkerem Maße betroffen. Sie werden demnächst noch weniger in ihrem sowieso schon schmalen Portemonnaie zur Verfügung haben.

Die Bundesregierung will auch bei der Anrechnung von Ausbildungszeiten den Rotstift ansetzen. Insbesondere die Frauen, die durch Kindererziehungs- und Pflegezeiten Schwierigkeiten haben, genügend Rentenjahre für ihren Rentenanspruch anzusammeln, werden dadurch zusätzlich benachteiligt. Die Folge: Das Rentenniveau von Frauen sinkt noch weiter.

Die Riester-Rente hat sich auf der ganzen Linie als Flop erwiesen. Bei der derzeitigen Regelung erhalten Frauen für den gleichen eingezahlten Beitrag weniger Rente im Alter ausbezahlt als Männer. Da Frauen in der Regel auch weniger verdienen und damit weniger Möglichkeiten haben, privat vorzusorgen, wirkt sich das doppelt negativ aus. Verbraucherschutzministerin Künast hat sich mit ihrer Forderung, keine Unisex-Tarife zuzulassen, offenbar im Kabinett durchgesetzt und damit den Frauen einen Bärendienst erwiesen.

Auch in der betrieblichen Altersvorsorge haben die Frauen gegenüber ihren Kollegen das Nachsehen: Wegen geringerer Erwerbsbeteiligung, kürzeren Betriebszugehörigkeiten, niedrigeren Entgelten und Teilzeitarbeit fallen die Betriebsrenten von Frauen geringer aus.

Die Union fordert deshalb eine stärkere Berücksichtigung der Lebenssituation von Frauen bei der Umgestaltung des Rentensystems und eine bessere Anerkennung der Kindererziehung in der Rente.

Die Union will das Rentensystem nicht auf Kosten der Frauen sanieren – im Gegenteil, wir wollen für Frauen einen Ausgleich für die Erziehungsarbeit schaffen, die bis heute hauptsächlich immer noch die Frauen leisten. Denn es darf nicht sein, dass Frauen aufgrund der Kindererziehung im Alter in die Armutsfalle geraten.

DIETRICH AUSTERMANN:

Nürnberger Menetekel

Zum Haushaltsentwurf 2004 der Bundesanstalt für Arbeit (BA) erklärte der haushaltspolitische Fraktionsprecher:

Die Bundesregierung wird in den nächsten Tagen



den Haushaltsentwurf 2004 der Bundesanstalt für Arbeit beraten und genehmigen. Die Zahlen des Nürnberger Entwurfs lassen für die Arbeitsmarktentwicklung 2004 nichts Gutes erwarten. Der nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Hartz IV vorgesehene so genannte Aussteuerungsbetrag von über 3 Mrd. € ist im Haushaltsentwurf der BA nicht einmal vorsorglich berücksichtigt. Die Beitragseinnahmen der BA sinken um über 2 % bzw. um 1,1 Mrd. €; gleichzeitig steigen die Ausgaben für das Arbeitslosengeld um rd. 20 % bzw. um 5,1 Mrd. € auf knapp 31,5 Mrd. €. Ein Nürnberger Menetekel: Es wird 2004 noch weniger Beschäftigung und noch mehr Arbeitslose geben!

Die aus dem Haushaltsentwurf erkennbare Vorschau auf das nächste Jahr ist um so bedrückender, als gerade jüngste, in Nürnberg bestätigte Meldungen über etwa 1,3 Millionen statistisch nicht mehr mitgezählte Arbeits-

lose zu dem Schluss führen, dass wir heute, auf statistisch vergleichbarer Basis zu den neunziger Jahren, von etwa 5,5 Millionen Arbeitslosen ausgehen müssen.

Die Kürzungen bei den Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung (Kapitel 2), also beispielsweise bei den so genannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, erscheinen mit rd. 3,2 Mrd. € auf den ersten Blick beeindruckend. Dem stehen allerdings teilweise kompensierend wirkende Leistungsausweitungen in Kapitel 3 gegenüber. Dort sollen für die berufliche Rehabilitation insgesamt rd. 800 Mio. € mehr ausgegeben werden. Bei der Förderung selbständiger Tätigkeit beträgt der Aufschlag 500 Mio. €, bei den Existenzgründungszu-

schüssen knapp 400 Mio. € und bei der Altersteilzeit immer noch fast 230 Mio. €!

Das von der Bundesregierung so hoch gelobte Jugendsofortprogramm wird um rd. 500 Mio. € auf weniger als die Hälfte gekürzt; bei den Mitteln für die Beauftragung Dritter mit der Vermittlung bleiben nach einer Kürzung um 90 % gerade noch 20 Mio. € im Ansatz übrig!

Diesen – angesichts früherer rot-grüner Lobgesänge – nur schwer nachvollziehbaren Kürzungen stehen Mehrausgaben bei den Verwaltungsausgaben gegenüber, die mindestens genauso schwer nachvollziehbar sind: Insgesamt steigen die Verwaltungsausgaben um etwa 300 Mio. €, wovon der Löwenanteil von etwa 2/3 auf die Informationstechnik

entfällt, für die 2004 fast doppelt so viel ausgegeben werden soll wie 2003. Noch dramatischer ist der Anstieg der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, die von 14,6 Mio. € auf 41,8 Mio. € fast verdreifacht werden. Geradezu exorbitant ist der Anstieg der Ausgaben für Sachverständige von 832.000 € auf 40,2 Mio. €!

Diese Steigerungsraten müssen knochenhart begründet werden – erst recht angesichts der Kürzungen an anderer Stelle. Die Bundesanstalt für Arbeit ist – und bleibt – in erster Linie eine Versicherung gegen das Risiko Arbeitslosigkeit. Die BA ist kein Unternehmen – und sie ist noch weniger eine PR-Agentur! Das sollte sich auch in der Entwicklung ihrer Haushaltszahlen widerspiegeln.

KLAUS BRÄHMIG/JÜRGEN KLIMKE:

EU-Erweiterung: **Information** verbessern

Anlässlich der bevorstehenden EU-Osterweiterung fordern der tourismuspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagfraktion und der zuständige Berichterstatter:

Neben dem „Zusammenschluss der Herzen“ muss die Informationspolitik über die EU-Erweiterung erheblich verbessert werden. Denn Be-

darf gibt nicht nur bei den „Neuen“ in der EU, sondern auch auf deutscher Seite – bei Bürgern, Institutionen und Kommunen. Um die wirtschaftliche und kommunale Zusammenarbeit zu fördern, soll nach dem Willen der CDU/CSU-Bundestagfraktion der Jugend- und Austausch intensivierte, Informationsveranstaltungen,

in denen Verantwortliche und Ansprechpartner von Handelskammern, Industrieverbänden und Gewerkschaften zusammenkommen, durchgeführt und die hervorragende Arbeit des Städte- und Gemeindebundes unterstützt werden. Als Vorbild dienen die Verbindungen zu westeuropäischen Kommunen.

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Faltnlatt „Die Medienbeteiligungen der SPD“

Bestell-Nummer: **2024**
Preis je 50 Stück: **12,00 €**
inkl. MwSt.: **12,84 €**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de